

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis 600 M. pro Vierteljahr. — Zu bezahlen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Berantwortlich für die Redaktion: W. Käfer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenverkauf: Eduard Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SD. 18, im Köllnischen Park 2.

Inserate: Die gesetzte Sonderseite oder deren Raum 800 M.  
Arbeitervermittlungen 800 M. pro Seite.  
Verbandsanzeigen 50 M. pro Seite.

## Berlepsch als Schiedsrichter in der Holzindustrie.

Von Th. Beyer.

Am 30. März begeht Berlepsch von Berlepsch, der sich als Sozialpolitiker, insbesondere auch als Gründer und langjähriger Leiter der Gesellschaft für soziale Reform einen hochgeachteten Namen erworben hat, seinen *a c t a s i e n G e b u r t s t a g*. Aus diesem Anlaß gibt die im Jahre 1897 von Berlepsch begründete *Soziale Praxis* eine Feier und mehr heraus, für welche der frühere Vorsitzende unseres Verbandes den nachfolgenden Vortrag geholt hat. Wir drucken den Auftrag um so lieber ab, als es die Erinnerung an eine für die Entwicklung unseres Verbandes sehr wichtige Periode wachruft, in welcher sich Freiherr von Berlepsch große Verdienste um die Holzindustrie erworben hat.

Bis zum Jahre 1907 bestanden in der deutschen Holzindustrie nur örtliche Tarifverträge, die zu den verschiedensten Zeiten im Jahre abgeschlossen waren und ebenso unterschiedliche Ablaufstermine hatten. Die vom Arbeitgeberverband initiierte, über 15 Städte ausgedehnte Aussperrung des Jahres 1907 hatte hauptsächlich den Zweck einer Vereinigung der Ortstarife zu einem Reichstarif herbeizuführen. Die Arbeitgeber wollten sich mit dieser Forderung gegen die *Einzelabschlüsse* der Städte schützen. Sie erreichten ihren Zweck nur teilweise. Die neuabgeschlossenen Verträge für die 15 Städte blieben als Ortstarife bestehen, befanden jedoch einen gemeinsamen Ablauftermin, und zwar den 12. Februar 1910. In der Folge versuchte der Arbeitgeberverband, auch die im Frühjahr 1908 ablaufenden resp. fiktibaren Verträge in anderen Städten an die erstmals genannten 15 Ortstarife anzuschließen, d. h. ihnen den gleichen Ablauftermin zu geben. Dies gelang ihm aber nicht. Die Holzarbeiter hielten an einer dreijährigen Vertragsdauer auch für diese Ortstarife fest und setzten es durch, daß der 11. Februar 1911 als Ablauftermin der Verträge in der neuen Städtegruppe vereinbart wurde, bevor noch über die sonstigen Streitpunkte eine Einigung erzielt war.

So standen im Frühjahr 1908 wieder 23 Städte in gemeinsamen Tarifverhandlungen. Diese hatten bereits im Dezember 1907 in Berlin unter Leitung des Gewerbe-gerichtsvorstandes von Schulz begonnen. Aus jeder Stadt waren mehrere Arbeiter- und Arbeitgebervertreter anwesend. Die Verhandlungen endeten mit der Einsetzung einer paritätischen Kommission, die den Auftrag erhielt, zunächst die Dauer der Arbeitszeit für die einzelnen Städte festzulegen. Es sollte eine planmäßige Klasseneinteilung der Städte vorgenommen und damit die Arbeitszeitfrage aus den zwischen den örtlichen Parteien zu führenden Tarifverhandlungen ausgeschaltet werden. Die beiderseitigen Zentralvorstände hatten bereits im Oktober 1907 über eine solche Klasseneinteilung sämtlicher deutschen Städte resultatlos verhandelt. Deshalb entschlossen sie sich jetzt, der für die 23 Städte eingefestigten paritätischen Kommission einen unparteiischen Vorsitzenden zu geben. Auf Anfrage von beiden Seiten erklärte Berlepsch sich bereit, dieses Amt zu übernehmen. Da die Kommission jedoch zusammentrat, verlangte der Arbeitgeberverband die örtliche Verständigung über den sonstigen Inhalt der Verträge. Es fanden darauf auch örtliche Verhandlungen in allen Städten statt. Sie ließen aber, was vorauszusehen war, die meisten Streitpunkte offen, die nunmehr gleichfalls der erwähnten paritätischen Kommission zur Schlichtung zugewiesen wurden. Diese konnte endlich am 25. März ihre Tätigkeit beginnen. Die Verhandlungen fanden in Leipzig statt, und zwar wieder dergestalt, daß alle Städte durch Arbeiter- und Arbeitgebervertreter direkt vertreten waren. Es wurde also über jede Stadt der Reihe nach getrennt verhandelt, fast eine volle Woche hindurch. Vom ersten Tage an erregte der Vorsitzende Berlepsch auf beiden Seiten allgemeine Bewunderung und förmliches Erstaunen, weil niemand ein solches Maß von Sachkenntnis und Vertrautheit mit den unterschiedlichen örtlichen Verhältnissen bei ihm vermuten konnte. Durch gründliches und liebevolles Studium der Vorgänge bei den Verhandlungen der vorausgegangenen Jahre hatte Berlepsch sich diese genaue Kenntnis selbst der kompliziertesten Spezialfragen verschafft. Das war für den Verlauf der Verhandlungen und für das Gelingen der Einigung natürlich von größtem Vorteil. Aber die Einigung war überaus schwierig, denn es herrschten damals schlechte Zeiten im Gewerbe. Die Arbeitgeber lehnten deshalb fast jedes Zugeständnis ab. Anfang und Ende ihrer Reden war stets, daß die schlechte Konjunktur sie eher zwinge, Lohnabzüge vorzunehmen, als daß sie zur Arbeitszeitverkürzung und Lohnherabsetzung in Lage seien. So wurde um jeden einzelnen Pfennig gestritten und um jede Stunde Arbeitszeitverkürzung tage, bis schließlich doch in fast allen Fällen ein Schiedsspruch von Berlepsch entschieden mußte.

Vor der Fassung des Schiedsspruches suchte B. in vertraulichen Verhandlungen der paritätischen Kommission, die nochmals eine halbe Woche in Anspruch nahm, in möglichst vielen Punkten eine Verständigung zu erzielen. Schon vorher hatten aber Vertreter der beiderseitigen Zentralvorstände in dem Bestreben, jeder für seine Partei möglichst viel zu retten, im kleinsten Kreise sich bemüht, Kompromißvorschläge zu finden, von denen wohl eine

Mitglieder der Kommission in Kenntnis gesetzt wurden, nicht aber B. aus Respekt vor seiner schiedsrichterlichen Funktion. Diesen Grund wollte aber B., als er am letzten Tage doch davon erfuhr, absolut nicht gelten lassen. Er machte den beiden Zentralvorständen Vorwürfe, daß sie ihn nicht von vornherein ganz ins Vertrauen gezogen hätten, sprach ihnen jedoch zugleich seine Freude aus über den Beweis ihres Pflichtgefühls, durch mutiges Entgegenkommen einen großen Arbeitstreppen in schwerer Zeit zu verhindern. Und als B. nach erfolgreichem Abschluß der Leipziger Verhandlungen seine Eindrücke in der *Sozialen Praxis* schilderte, konstatierte er, daß die Erfolge in der Tarifpolitik des Holzgewerbes der gebildigen, unermüdlichen, aufreibenden Tätigkeit der Zentralvorstände zu danken sei, und er sah sein Urteil über die geleistete Arbeit in den Worten zusammen:

„Ich bin von Leipzig mit der größten Hochachtung vor den Männern geschieden, die sich jahraus jahrein dieser Tätigkeit hingaben, und es ist mir nicht zweitzauberhaft, daß sie an sich um das Bielsche geeigneter sind. Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen im Holzgewerbe, die den tatsächlichen Verhältnissen und der Billigkeit entsprechen und für beide Teile porträthalt sind, herbeizuführen als irgendein Schiedsrichter, weil sie eben die erfahrensten Sachverständigen sind. Der Schiedsspruch ist stets nur ein mangelhaftes, wenn auch nicht immer zu vermeidendes Auskunftsmitte. Er wird in dem Maße überflüssig werden, als die Einsicht bei den Beteiligten wächst, daß die Wahrung des eigenen Interesses eine notwendige Grenze in der Achtung vor dem Interesse des Gegners, der in Wahrheit kein Gegner, sondern ein Berufsgenossen ist, finden muß, daß das eigene geschäftliche Interesse auf den Abschluß von Tarifverträgen hindeutet, in dem Maße endlich, in dem die gewählten Führer der Organisation von dem weitestgehenden Vertrauen ihrer Wähler getragen werden.“

Diese Worte des von allen Seiten hochgeachteten Mannes haben damals in der gesamten Presse, auch derjenigen der Unternehmer, vielen Beifall gefunden. Einige Jahre später hat B. dann noch ein zweites Mal dem Holzgewerbe seine Dienste als Schiedsrichter geleistet. Die Dinge hatten sich inzwischen so entwickelt, daß in vierjährigem Turnus jedes Jahr eine annähernd gleich große Zahl von Ortstarifen zu erneuern war. Die im Februar 1913 ablaufenden Vertragsgruppe machte besonders große Schwierigkeiten, worüber B. aus der Fachpresse des Holzgewerbes, die er regelmäßig mit Interesse las, unterrichtet war. Deshalb bot er sich diesmal aus eigenem Antrieb den beiden Parteien als Vermittler an, und beide nahmen das Angebot mit Freuden an. Inmündlicher Vorbesprechung, die in B.s Hause in Seebach am 24. Januar 1913 stattfand, wurde das Programm für die Verhandlungen aufgestellt. Die Gemahlin B.s hat in Sorge um ihren betagten Gatten, ihn nicht zu überanstrengen. Das Versprechen wurde wohl gegeben, konnte aber nicht gehalten werden. Denn die Anstrengung war noch größer als fünf Jahre zuvor. Rund 50 Ortstarife standen diesmal zur Verhandlung, aus jeder Stadt waren wieder direkte Vertreter anwesend, und über jede Stadt mußte wieder stunden- und tagelang verhandelt werden. Aufs neue überraschte B. alle Unterhändler, die ihn nicht schon von 1908 kannten, durch seine strenge Unparteilichkeit, seine bewunderungswürdige Beherrschung der tariflichen und fachlichen Fragen, seine Sicherheit und Konzilianz in der Verhandlungsführung und nicht zuletzt durch seine unermüdliche Ausdauer. Der Erfolg war deshalb auch diesmal wieder auf seiner Seite. Neben der Regelung der Arbeitszeitverkürzung, Lohnherabsetzung, Alltägigkeit, Arbeitsnachweis sowie zahlreicher Spezialfragen brachte das Ergebnis dieser Verhandlungen eine bedeutsame Änderung des ganzen Tarifwesens im Holzgewerbe, und zwar dadurch, daß von den bestehenden vier Städtegruppen je zwei vereinigt wurden, so daß in der Folge bei vierjähriger Vertragsdauer nur alle zwei Jahre für eine der beiden Gruppen Tarifverhandlungen zu führen waren.

Heute besteht auch dieser Zustand längst nicht mehr, sondern das Holzgewerbe hat nun einen einheitlichen Reichstarif. Sein Zustandekommen hat noch große und jahrelange Schwierigkeiten bereitet, ist aber durch die zweimalige Mithilfe B.s als Schiedsrichter wesentlich gefördert worden. Wenn einst die Geschichte der Tarifverträge in Deutschland geschrieben wird, darf der Name von Berlepsch und seine verdienstvolle Wirkung an der Entwicklung des Tarifwesens im Holzgewerbe nicht vergessen werden.

## Deutschlands Rohholzimport und -export.

In der Vorläufigen Zeit war die Holzimport und -export eine Angelegenheit, um die sich eigentlich nur die daran direkt Beteiligten kümmerten. Das waren eine Anzahl Holzhändler, Sägewerksunternehmer und einige Unternehmer der holzverarbeitenden Industrie. Die meisten von ihnen besaßen sich in der Hauptstadt und vielfach ausschließlich mit der Holzeinfuhr; die Holzausfuhr spielte eine ganz untergeordnete Rolle. Allgemein genommen war das Ausfuhrgeschäft im Vergleich zum Umsatz des Ein-

fuhrgeschäfts mehr ein Gelegenheitsgeschäft. Dem widerspricht nicht, daß einige Unternehmer sich vornehmlich oder nur mit der Holzausfuhr beschäftigen. Seit etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ist die deutsche Holzwirtschaft von Jahr zu Jahr im steigenden Maße auf die Zufuhr von ausländischem Holz angewiesen. In den letzten Kriegsjahren konnte der deutsche Rohholzbedarf nur zu etwa zwei Dritteln aus dem heimischen Wald gedeckt werden. Die Einfuhr des schlanken Holzes machte seine Schwierigkeiten, und sie war für den Importeur ein lohnendes Geschäft. Auch für die Holzwirtschaft und darüber hinaus für die ganze Volkswirtschaft war die Holzeinfuhr ein Gewinn. Unsere Holzindustrie hätte sich nicht so glänzend entwickeln können, wenn nicht die starke und vorteilhafte Holzeinfuhr möglich gewesen wäre.

Geschäft ist Geschäft, und dieser Grundsatz ist ganz besonders auch den Holzhändlern heilig. Wenn sie sich in der Hauptsache mit der Holzeinfuhr beschäftigen, so weniger deshalb, um der heimischen Wirtschaft das erforderliche Holz zu verschaffen, sie taten dies, weil sie beim Übergang im Inland einen gleich hohen oder einen noch höheren Profit erzielten, als er beim Ausfuhrgeschäft zu erzielen war. Das hat ihr Verhalten in der Nachkriegszeit bewiesen. Als infolge der Massenentwertung im Ausland ein wesentlich höherer Preis als im Inland zu erzielen war, da wurde das Ausfuhrgeschäft zur Hauptaufgabe. Dabei wurde keine Rücksicht auf den heimischen Bedarf genommen. Und die Regierung schritt erst ein, als es zu spät war. Über die Holzeinfuhr und -ausfuhr im Jahre 1919 liegen statistische Angaben nicht vor. Die amtliche Statistik wird erst seit 1920 wieder geführt. Für 1921 fehlen die Nachweise über die Holzeinfuhr und -ausfuhr für die ersten vier Monate. Um auch für dieses Jahr ein volles Jahresergebnis zu haben, sind in Anlehnung an eine Berechnung des Herrn Prof. Schilling im „Holzmarkt“ in der nachstehenden Zusammenstellung für 1921 die Ein- und Ausfuhrziffern aus der Zeit vom 1. Mai 1921 bis 30. April 1922 eingetragen. Die amtliche Statistik gibt die Ein- und Ausfuhrmengen in Tonnen an. In unserer Zusammenstellung sind die Gewichtsmengen nach Maßgabe der Einheitsgewichte und der ungefähren Ausnugungsquote in Festmeter Rohholz umgerechnet worden.

	1922	1921	1920	1913
	1000 Festmeter Rohholz			
Rundholz, hart . . . . .	61	30	16	292
Rundholz, weich . . . . .	1718	755	410	5232
Grubenholt . . . . .	232	90	57	476
Rundholz insgesamt	2011	875	483	6000
Schnittholz, hart . . . . .	56	30	6	179
Schnittholz, weich . . . . .	2865	1367	454	4689
Beschlagenes Holz, hart u. weich . . . . .	91	36	13	769
Schwellen, hart und weich . . . . .	285	39	8	567
Bearbeitetes Holz insgesamt	3097	1472	481	6205
Papierholz . . . . .	1705	621	254	2570
Fasoholz . . . . .	83	17	2	123
Egotische Hölzer . . . . .	88	30	9	112
Gesamt-Einfuhr . . . . .	6884	3015	1229	15010
	1922	1921	1920	1913
	1000 Festmeter Rohholz			
Rundholz, hart . . . . .	31	47	67	92
Rundholz, weich, einschl. Grubenholt	554	683	547	277
Rundholz insgesamt	585	710	614	869
Schnittholz, hart . . . . .	81	76	65	56
Schnittholz, weich . . . . .	600	915	1107	210
Beschlagenes Holz, hart u. weich . . . . .	74	48	56	133
Schwellen, hart und weich . . . . .	92	101	212	168
Bearbeitetes Holz insgesamt	847	1140	1440	567
Papierholz . . . . .	7	2	26	184
Fasoholz . . . . .	8	10	11	10
Egotische Hölzer . . . . .	0	1	1	8
Gesamt-Ausfuhr . . . . .	1447	1863	2092	1088
Mehr-Einfuhr . . . . .	5437	1152	—	18922
Wehr-Ausfuhr . . . . .	—	—	863	—

Bergleicht man die Ein- und Ausfuhrziffern der letzten drei Jahre mit den für 1913, dann wird einem die katastrophale Lage der Holzversorgung erklärt. Für 1919 liegen, wie bereits erwähnt wurde, amtliche Außenhandelsziffern nicht vor. Sicherlich aber ist in diesem Jahre die

holzausfuhr noch kleiner gewesen als 1920. Die Orlinde, die zu diesem fast völligen Stillstand der Holzausfuhr geführt haben, können in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben. Auch wenn in den ersten Nachkriegsjahren mehr Wert auf die Holzausfuhr anstatt auf die Holzeinfuhr gelegt worden wäre, hätte die gleiche oder annähernd gleiche Einfuhrmenge wie 1913 nicht erreicht werden können. Als Holzeinfuhrländer kommen für Deutschland hauptsächlich die östlichen Staaten in Frage. Diese haben durch den Krieg seine wirtschaftlichen und politischen Folgen stark gelitten, auch hinsichtlich des Waldbestandes und seiner Ausbeute. Es war und es ist heute noch unmöglich, aus den östlichen Staaten solche Holzmengen zu beziehen wie in der Vorkriegszeit. Das ist aber auch nicht notwendig, weil Deutschlands Holzbedarf auch heute noch nicht wieder so groß ist wie vor 1914. Die in den letzten Jahren eingeführten Mengen bleiben hinter dem Bedarf aber weit zurück. Wohl hat sich im letzten Jahre die Holzausfuhr wesentlich gehoben, das Dessen in den Jahren zuvor war aber zu groß, als das es durch die stärkere Einfuhr 1922 schon hätte ausgeglichen werden können.

Aus der Zusammenstellung geht hervor, daß in den Nachkriegsjahren mehr Holzausfuhr stattgefunden hat als 1913. Im Jahre 1919 ist mindestens die doppelte Menge wie 1913 ausgeführt worden und 1920 fast die doppelte Menge. Auch in den folgenden Jahren ist die Holzausfuhr noch unverhältnismäßig hoch. Hierbei ist noch zu beachten, daß die amtlichen Ausfuhrziffern das sogenannte Exportationsholz nicht mit umfassen. Im Jahre 1922 sind etwa 300 000 Festmeter Holz an die Entente-Länder geliefert worden. Die tatsächliche Holzausfuhr im Jahre 1922 betrug also nicht 1.447 Millionen Festmeter, sondern etwa 1.747 Millionen Festmeter. Also auch heute noch ist die Holzausfuhr im Verhältnis zur Ausfuhr in der Vorkriegszeit sehr groß. Diese Tatsache zeigt, was auf das Gerebe der Unternehmer zu geben ist, daß durch die Außenhandelsstelle für Rohholz und Erzeugnisse der Sägewerksindustrie die Holzausfuhr erdrostet worden sei. In der Zeit, wo sich das „freie Spiel der Kräfte“ austoben konnte, haben die Unternehmer lange nicht so große Ausfuhrgeschäfte gemacht wie in der Zeit der „Drosselung der Wirtschaft und der Unternehmerinitiative“. Die Ergebnisse der amtlichen Statistik über die Ausholzausfuhr und -ausfuhr sprechen nicht gegen, sondern für die Außenhandelskontrolle.

In der folgenden Zusammenstellung haben wir berechnet, in welchem Verhältnis die Ein- und Ausfuhr in den letzten drei Jahren zu dem Stande von 1913 steht. Im Jahre 1920 erreichte die Gesamtausfuhr nur 8,2 Prozent der Menge von 1913. Im folgenden Jahre stieg der Prozentsatz auf 20,1 und im Jahre 1922 auf 45,9. Die Gesamt- ausfuhr überschritt die Ausfuhrmenge von 1913 im Jahre 1920 um 92,3 Prozent, in folgendem Jahre um 71,2 Prozent.

	1913	1920	1921	1922
Gesamteinfuhr ..	100	8,2	20,1	45,9
Rundholz .....	100	8,1	14,8	33,5
Schnitholz .....	100	7,8	23,7	49,9
Gesamtausfuhr ..	100	182,3	171,2	133,0
Rundholz .....	100	168,4	192,4	158,5
Schnitholz .....	100	254,0	201,1	149,4

Nach Lage der Verhältnisse muß die deutsche Holzwirtschaft gewiß froh sein, überhaupt Holz aus dem Ausland zu bekommen. Am meisten muß ihr jedoch daran liegen, möglichst Rundholz zu bekommen. Wenn unsere Sägewerksindustrie in ihrem heutigen Umfang auch nicht soviel Schnitholz liefern kann, wie gebracht wird, steht anderseits doch fest, daß ihre Leistungsfähigkeit noch nicht voll ausgenutzt ist. Dem Bestreben, möglichst Rundholz zu kaufen, steht aber das Bestreben des Auslandes gegenüber, das Rundholz selber zu Schnittmaterial zu verarbeiten und dieses zu liefern. Im Jahre 1913 waren von dem eingeführten Holz 40,0 Prozent Rundholz, gegen nur noch 29,2 Prozent im Jahre 1922. Mancherlei Gründe sprechen dafür, daß in Zukunft Deutschland wieder mit größeren Rundholzangeboten rechnen kann.

Im Jahre 1913 und auch vorher war England der größte Holzlieferant für uns; etwa 55 Prozent der Gesamteinfuhr kamen aus England. Gegenwärtig ist hier die Holzwirtschaft derart zerstört, daß es als Ausfuhrland kaum noch in Betracht kommt. Wahrscheinlich werden auch noch viele Jahre vergehen, bis England seine Wälder wieder normal ausbauen kann. Im letzten Jahr kam für Deutschland die Niederhollandsche als Hauptausfuhrland in Frage. Dann folgten Ostpolen, Westpolen, Österreich und Finnland; aus diesen Ländern wurden 5,520 Millionen Festmeter Rohrholz, das sind 80 Prozent der Gesamt-

## Die Geschäftslage in der Holzindustrie.

Die allgemeine Wirtschaftslage verschlechtert sich augenscheinlich, die Holzwirtschaft befindet sich in müßiger Bewegung, und auch die Holzindustrie bleibt von dieser Bewegung nicht verschont. Zumindesten ist die Lage im Holzgewerbe vergleichsweise noch günstig. Nach den jüngsten statistischen Aufzeichnungen, die das Reichsarbeitsblatt veröffentlicht, fanden im Dezember 1922 bei den Arbeitsnachweisen im Durchschnitt aller Betriebe auf je 100 offene Stellen 195 Arbeitssuchende; nach Geschlechtern getrennt, bei den männlichen Arbeitern 212, bei den weiblichen 153. Bei den Kindern, Maschinenarbeiterin und Dienstboten auf je 100 offene Stellen 168 Arbeitssuchende, bei den Arbeitssuchenden in der Holzindustrie 201. Diesen wäre der Arbeitsmarkt im Dezember für die männlichen Arbeiter in der Holzindustrie günstiger, für die weiblichen jedoch ungünstiger gewesen als der Gesamtdurchschnitt. Die Ergebnisse der Arbeitslosenzählung in den Gewerbeberichten veröffentlicht das Reichsarbeitsblatt für den Monat Januar. Am Schluß dieses Monats waren insgesamt 4,5 Prozent der Gewerbeberichter arbeitslos, in der Holzindustrie nur 2,4 Prozent.

Zu liegen die Ergebnisse des vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbands für Februar, nach Daten geordnet, zeigt die folgende Tabelle:

veranstalteten Monatsstatistik für Februar vor. An der Erhebung über den Beschäftigungsgrad sind diesmal 586 Betriebe mit 110 592 Arbeitern beteiligt. Die Ergebnisse zeigen die folgenden Tabellen:

## Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Februar 1923.

Berufszweig	Bevölkerungsgröße	Anzahl		Beschäftigungsgrad		Gesamt
		mit 1000	mit 500	mit 100	mit 50	
Möbel .....	108	16704	337	472	1707	68
Bau und Möbel .....	16	2793	38	25	73	12
Weiß Möbel .....	22	2945	18	7	180	6
Büromöbel .....	11	2027	87	9	67	5
Bau u. Holzbearbeitung .....	12	1789	—	80	865	4
Elekt., phot. usw. Art. .....	6	1018	12	17	5	873
Göhle .....	81	8718	83	26	186	15
Bilderr. u. Spiegelrahm. .....	9	1446	5	8	94	2
Uhrgeschäfte .....	11	3020	43	60	57	8
Holzwaren .....	88	8262	84	63	900	24
Pianos, Flügel, Orgeln .....	58	12045	163	120	813	50
And. Musikinstrumente .....	12	8001	87	57	64	11
Sägewerke .....	42	6170	89	206	710	14
Ahren und Packhäuser .....	18	2302	9	51	688	—
Sperchholz .....	7	1049	11	104	167	8
Schuhleisten .....	8	1416	61	32	175	1
Bürsten und Pinsel .....	22	4926	20	181	7	1581
Kämme und Haarschäfte .....	16	2181	100	18	267	1
Knöpfe .....	18	3507	11	18	132	—
Stöcke und Schirme .....	8	1009	11	8	1000	—
Peitschen .....	6	901	—	9	20	1
Bleistifte .....	5	2340	6	2	—	8
Stuhlhölzer .....	8	677	15	8	120	1
Körben .....	8	1227	1	28	232	—
Korbwaren .....	7	791	8	22	40	2
Sport- u. Kinderwagen .....	9	2301	40	53	120	3
Waggons .....	27	9472	109	151	424	18
Karosser. u. Automob. ....	18	2080	8	8	106	6
Bersten .....	20	4881	94	217	817	8
Wühlendau .....	4	901	—	—	11	1
Landwirtschaftsmaschinen .....	8	573	—	—	15	1
Stahlmaschinen .....	16	9854	43	62	81	10
Werzerze .....	4	504	—	9	1	814
<b>Gesamt</b>	596	110952	1520	2040	8187	300
<b>Im Vormonat .....</b>	597	112640	1658	2506	7096	20

Verhältniszahlen.

Berufszweig	Januar 1923		Dezember 1922		November 1922	
	anz.	befl. %	anz.	befl. %	anz.	befl. %
Möbel .....	59,8	23,1	17,1	72,0	17,1	10,9
Bau und Möbel .....	64,7	55,3	—	80,6	19,4	—
Weiß Möbel .....	28,5	46,0	25,5	36,4	39,5	24,1
Büromöbel .....	63,0	26,6	10,1	84,6	11,3	4,1
Bau u. Holzbearbeitung .....	19,8	37,8	43,1	7,6	43,8	43,9
Elekt., phot. usw. Art. .....	85,7	14,8	—	85,7	14,8	—
Göhle .....	47,8	47,7	4,5	49,5	45,0	5,5
Bilderr. u. Spiegelrahm. ....	96,8	51,9	11,8	36,7	41,1	22,2
Uhrgeschäfte .....	84,5	15,8	—	79,9	20,1	—
Holzwaren .....	63,5	21,8	15,2	65,0	19,5	15,5
Pianos, Flügel, Orgeln .....	91,8	6,8	1,2	91,8	7,5	1,2
And. Musikinstrumente .....	97,1	2,9	—	97,1	2,9	—
Sägewerke .....	23,6	40,0	30,4	34,7	26,0	28,0
Ahren und Packhäuser .....	—	86,6	63,4	5,8	88,3	53,8
Sperchholz .....	78,9	—	21,7	51,2	21,5	27,3
Schuhleisten .....	14,0	21,2	64,8	—	22,5	77,5
Bürsten und Pinsel .....	32,1	51,3	16,8	54,7	24,5	20,8
Kämme und Haarschäfte .....	8,7	36,0	54,4	20,8	61,5	17,7
Knöpfe .....	—	23,2	76,8	2,1	31,8	66,1
Stöcke und Schirme .....	100,0	—	—	91,5	8,5	—
Peitschen .....	21,8	63,9	14,8	21,5	78,5	—
Bleistifte .....	100,0	—	—	100,0	—	—
Stuhlhölzer .....	19,6	80,4	—	19,9	80,1	—
Körben .....	—	44,1	55,3	16,6	24,0	50,4
Korbwaren .....	25,8	54,0	30,2	58,0	41,1	5,9
Sport- u. Kinderwagen .....	19,5	56,3	24,2	43,1	56,8	—
Waggons .....	49,1	36,6	14,5	57,9	31,1	11,0
Karosser. u. Automob. ....	57,0	43,0	—	80,8	69,2	—
Bersten .....	83,8	58,8	18,1	89,8	54,8	5,8
Wühlendau .....	6,9	26,5				

### Der preußische Handelsminister gegen unzureichende Lehrlingsentschädigung.

Der preußische Handelsminister hat die Aufsichtsbehörden der Handwerkskammern angewiesen, ihr Augenmerk auf die vielfach ungünstigen Regelungen und Entschädigungen zu richten, die solchen Lehrlingen gesetzt werden, die nicht zur Familiengemeinschaft des Lehrmeisters gehören. Die Aufsichtsbehörden der Handwerkskammern sollen die Kammern veranlassen, ihren ganzen Einfluss auszuüben, damit derartigen Wünschen abgevolgen wird; die Kammern sollen Richtlinien aufstellen, die den am Lehrvertrag beteiligten Parteien als Grundlage dienen sollen. Im Übrigen weist der Minister darauf hin, daß ähnliche Wünsche auch in manchen industriellen Betrieben bestehen und beauftragt die Vierungspräsidenten, sich in derartigen Fällen der Mitwirkung der Handelskammern und der Gewerbeaufsichtsbeamten zu bedienen.

Das Vorgehen des preußischen Handelsministeriums ist zu begrüßen, leider aber besteht wenig Hoffnung, daß es mit Erfolg haben wird. Die unzureichenden Zustände, die bei der Lehrlingsentschädigung und im Lehrlingswesen überhaupt bestehen, werden sich nur durch die karitative Regelung des Lehrlingswesens beseitigen lassen. Darum auch der Widerstand der Unternehmer gegen die Mitwirkung der Gewerkschaften. Diesen Widerstand zu brechen, ist eine Aufgabe, an der auch die Behörden mithelfen können.

## All dem Verbandsleben.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erstchein dieser Zeitungsnr. 12. Wochenbeitrag für die Woche vom 18. März bis 24. März 1928 fällig geworden.

### Neuregelung der Beitragstassen ab 1. April 1928.

Da augenblicklich über 90 Beitragstassen laufen, müssen zum 1. April eine Anzahl Klassen außer Kraft gesetzt werden. Ab 1. April werden noch folgende Klassen bestehen: 100, 150, 200, 250, 300, 400, 500, 600, 800, 1000, 1200, 1400, 1600, 1800, 2000 Mtl. Wenn örtlich die Zahlen über 2000 Mtl. hinausgehen, können auch entsprechend höhere Beiträge angefordert werden, und zwar Beiträge von über 2000 Mtl. vorläufig mit einer Spannung von 200 Mtl. von Klasse zu Klasse.

Der Wochenbeitrag für Lehrlinge beträgt ab 1. April 20 Mtl. Dieser Beitrag gilt ausschließlich nur für Lehrlinge.

Das Beitragsgeld zum Verband beträgt unter Zustimmung des Verbandesausschusses ab 1. April 1928 für männliche Mitglieder 400 Mtl., für weibliche und jugendliche Mitglieder 200 Mtl. und für Lehrlinge 20 Mtl.

Ersatzbücher oder Ersatzkarten für verlorengegangene kosten ab 1. April 400 Mtl., und zwar ausschließlich Porto. Zu diesem Betrag kommt also immer noch der jeweils aktuelle Portozaug.

Berlin SD. 10. Am Römischen Platz 2.

### Der Verbandsvorstand.

### Der Gauetag des Saariger Gates.

Der Gauetag, der am 10. und 11. März in Chamnigzte, nahm einen recht anregenden Verlauf. Die Verhandlungen wurden am Sonnabend abends eröffnet und bis zur späten Nachtzeit fortgesetzt. Am Sonntag wurde wieder zeitig begonnen, so daß nach flotter Arbeit der Gauetag gegen 9 Uhr geschlossen werden konnte. Damit konnten die Delegierten noch am gleichen Tage wieder in die Heimat zurückkehren. In den Bericht des Gauvorstandes, der von den Kollegen Thielemann und Werner gegeben wurde, knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, in der verschiedene Verbandsfragen erörtert wurden, so das Verhältnis zwischen den Löhnen der Facharbeiter und Hilfsarbeiter, die Agitation unter den weiblichen und jugendlichen Arbeitern und anderes mehr. Einen breiten Raum nahm die Aussprache über den Stand der Lohnbewegung ein, angesichts der Tatsache, daß die Unternehmer den gefassten Schiedsspruch abgelehnt haben. In einer einstimmig angenommenen Entschließung brachten die Delegierten den Willen zum Ausdruck, den Schiedsspruch mit allen zulässigen Mitteln zur Durchführung zu bringen. In dem Vortrag über den Verbandstag, den als Vertreter des Verbandsvorstandes Redakteur Rauser hielt, schätzte dieser hauptsächlich die Wirtschaftslage und deren Einfluß auf die Tätigkeit des Verbandes. Auch an diesen Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Aussprache. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß sich die Diskussionen auf dem Gauetag auf einem recht hohen Niveau hielten. Aus der politischen Einstellung der Kollegen in einigen Orten des Gaues ergibt sich, daß unter den 84 Delegierten aus 66 Verwaltungsstellen, die auf dem Gauetag erschienen waren, sich auch eine Anzahl Kommunisten befanden. Da war es interessant, zu beobachten, daß der politische Gegenfakt kaum nennenswert auftrat. Ohne Rücksicht auf die politische Auffassung ging aus den Reden aller Delegierten hervor, daß sie einmütig sind in dem Willen, zur Förderung der Wohlfahrt der Facharbeiter den Verband nach Kräften auszubauen. Autage treitende Meinungsverschiedenheiten in dieser oder jener Einzelfrage können dieses Gemeinturteil nicht beeinflussen. Die Teilnehmer der Konferenz waren einig in der Bestreitung über den schönen Verlauf der Tagung, durch die nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegen gefördert, sondern auch manche wertvolle Anregung gegeben wurde, die gute Früchte zeitigen werden.

### Der Gauarbeitsmarkt.

Die Gaukonferenz in Magdeburg am 10. und 11. März war von 49 Verwaltungsstellen mit 68 Delegierten besetzt worden. Als Vertreter des Gauvorstandes war der Verbandsvorsitzende, Kollege Tarnow, anwesend. Den Bericht des Gauvorstandes gab der Kollege Bauer an Hand der den Delegierten zugestellten gedruckten Berichte der beiden letzten Jahre, die er nach verschiedenen Richtungen hin ergänzte. In der Aussprache wurde die Tätigkeit des Gauvorstandes bezüglich Führung von Lohnbewegungen anerkannt, aber auch eine

ausgesprochen, daß es trotz aller Schwierigkeiten möglich gemacht werden müsse, mehr für die Agitation und gewerkschaftliche Durchbildung der Mitglieder zu tun. Der zweite Tag begann mit einem interessanten Referat des Kollegen Tarnow über den bevorstehenden Verbandstag in Kassel, bei dem wohl alle Hörer den Wunsch hatten, daß es einem größeren Kreis von Mitgliedern zugänglich gemacht werden könnte. Es führte aus, daß der Vorstand mit gutem Gewissen zum Verbandstag geht, in dem Bewußtheit, sich ehrlich bemüht zu haben, den Willen der Mehrheit der Kollegen zu erschließen, was bei der Herrschaft der politischen und wirtschaftlichen Auffassungen schwieriger als je sei.

Die gewerkschaftliche Tätigkeit des Vorstandes werde auch wohl auf dem Verbandstage volle Billigung finden, anders aber die politische und wirtschaftliche Einstellung des Vorstandes, gegen die sich vermutlich auch auf diesem Verbandstage die Kritik wenden wird, wenn auch die Wogen der Lebenszeit nicht mehr so hoch gehen wie vor zwei Jahren. In längeren überaus sachlichen Ausführungen beschäftigt sich Kollege Tarnow mit den Auffassungen der Opposition, welche dann ihrerseits in der darauffolgenden Diskussion bereits auf dem Gauetag in schärfster Form einzog. Eine von der Opposition gegen die Haltung des Vorstandes nach dieser Richtung hin eingebrochene Resolution wurde vom Gauetag mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen gelangte ein Antrag auf Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft mit einer Stimme Mehrheit zur Annahme. Nachdem von den gestellten Anträgen wieder eine ganze Anzahl zur Beratung für den Verbandstag angenommen war, sandt der Gauzug nach einem kräftigen Schlusswort des Kollegen Bauer mit der Mahnung zum festen Zusammenhalten der Kollegen und einigen anfeuernden Worten des Verbandsleiters sein Ende. Ein erfreuliches Beileben des diesjährigen Gaugetages war die trotz aller Gegenseite ruhig und sachlich geführte Diskussion, welche als ein gutes Zeichen auch für den Verbandstag gelten kann. D.

### Korrespondenzen.

Büneburg. Lebhafte Klagen werden von den Kollegen gegen die Firma L. & C. Größner erhoben, die auch in Hamburg, Alter Wall, eine Filiale unterhält. Der Inhaber, Herr Rudolf Größner, gehört zu den Geschäftsmännern, die durch rotes Tuch in großer Erregung geraten. In diesem Zustand hat er seinen Lehrling nach Strich und Faden verhauen, weil er bei einem Umgang der Arbeiterjugend eine rote Fahne getragen hatte. Für seine Arbeiter hat der Herr ein gutes Herz, nur darf das nichts kosten. Als nach dem Lohnabkommen am 16. Februar eine Lohnhöhung fällig war, gab das seinem guten Herzen einen starken Stoß; einige Kollegen wurde ein erheblicher Abzug gemacht. Die vertragliche Schlichtungskommission gab Herrn Größner Unrecht und verdarb ihm damit völlig die Stimmung. Die fünf Kollegen, die diesen vertraglich vorgelebten Weg gegangen waren, erhielten sofort die Zustimmung, und für die übrigen verbliebenen Herr Größner selbstherrlich, daß fortan nur vier Tage in der Woche gearbeitet werde. Der Betrieb ist natürlich zu meiden, und im übrigen steht zu erwarten, daß der willig gewordene Herr Größner noch dazu gebracht wird, andere Seiten aufzudrehen.

Neustadt i. Holstein. Es ist noch nicht gar zu lange her, daß die Brüder Merkmann Mitglieder unserer Verwaltungsstelle waren. Damals konnte ihnen der Verband gar nicht scharf genug vorgehen. Jetzt hat der eine der Brüder einen eigenen Betrieb und der andere spielt bei ihm den Werksführer. Beide haben sich sehr schnell Unternehmensallianzen angewöhnt. Allerdings wurden alle Arbeiter, mit Ausnahme des Maschinenarbeiters, entlassen. Nur einer sollte bleiben dürfen, wenn er billiger arbeitete. Dafür hat er sich aber bedankt. Vorläufig behält sich die Firma mit vier Lehrlingen, Ottern sollen noch zwei hinzukommen. Da die Firma auf billige Arbeitskräfte reflektiert, werden die Kollegen gut tun, Arbeitsangebote gebührend zu beachten.

## Unsere Lohnbewegungen.

### Strelle und Aussprünge.

Der Kampf in den Landesbezirken Niedersachsen und Östliches Westfalen, Lippe hat in der letzten Woche eine weitere Verschärfung erfahren. In beiden Landesbezirken zusammen sind etwa 9000 Kollegen an dem Kampf beteiligt. Auf Veranlassung der Unternehmer wurde für den Bezirk Östliches Westfalen, Lippe am 8. März vor dem Schlichtungsausschuß in Detmold verhandelt. Dieser füllte einen Schiedsspruch, der aber nur die Löhne für die Zeit vom 18. Februar bis 1. März regelt. Eine Entscheidung über die Märzlohn lehnte der Schlichtungsausschuß ab, weil darüber noch keine Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden hätten. Die Stellungnahme des Schlichtungsausschusses ist um so verwunderlicher, da ihm bekannt war, daß unser Verband bereits am 27. Februar die Unternehmer um Verhandlungen erachtet hatte, diese bis heute aber nicht einmal geantwortet haben. Im Landesbezirk Niedersachsen haben Verhandlungen nicht stattgefunden. In beiden Landesbezirken geht der Kampf also weiter.

Nunmehr ist auch im Landesbezirk Freistaat Sachsen der Kampf entbrannt. Wie in der vorigen Nummer berichtet wurde, hatte das sächsische Arbeitsministerium einen Schiedsspruch gefüllt, der von den Unternehmern abgelehnt wurde. Da die Unternehmer jedes Entgegenkommen ablehnen, waren die Kollegen gezwungen, zu Kampfmaßnahmen zu greifen. Nach den vorliegenden Berichten wird in Freiberg, Bitterfeld, Dresden, Meißen, Niederleuthen, Mittweida, Borna, Löbau, Kronenberg, Plauen, Chemnitz, Gelenburg, Zwönitz und Geulenroda gekämpft.

Im Landesbezirk Württemberg, Baden ist es diesmal noch ohne Kampf abgegangen. Die Verständigung erfolgte auf einen Vergleichsvorschlag des württembergischen Arbeitsministeriums. Von 1. bis 7. März beträgt der Durchschnittslohn für über 22 Jahre alte Facharbeiter in den Ortsklassen II bis VI 1425 Mtl., 1888 Mtl., 1811 Mtl., 1254 Mtl. und 1197 Mtl.; vom 8. bis 21. März 1800 Mtl., 1440 Mtl., 1380 Mtl., 1820 Mtl. und 1260 Mtl.

Für den Landesbezirk Bayern fanden am 12. März Verhandlungen im Ministerium für soziale Fürsorge statt,

ausgeschlossen, daß es trotz aller Schwierigkeiten möglich gemacht werden müsse, mehr für die Agitation und gewerkschaftliche Durchbildung der Mitglieder zu tun. Der zweite Tag begann mit einem interessanten Referat des Kollegen

Tarnow über den bevorstehenden Verbandstag in Kassel, bei dem wohl alle Hörer den Wunsch hatten, daß es einem größeren Kreis von Mitgliedern zugänglich gemacht werden könnte. Es führte aus, daß der Vorstand mit gutem Gewissen zum Verbandstag geht, in dem Bewußtheit, sich ehrlich bemüht zu haben, den Willen der Mehrheit der Kollegen zu erschließen, was bei der Herrschaft der politischen und wirtschaftlichen Auffassungen schwieriger als je sei.

Die gewerkschaftliche Tätigkeit des Vorstandes werde auch wohl auf dem Verbandstage volle Billigung finden, anders aber die politische und wirtschaftliche Einstellung des Vorstandes, gegen die sich vermutlich auch auf diesem Verbandstage die Kritik wenden wird, wenn auch die Wogen der Lebenszeit nicht mehr so hoch gehen wie vor zwei Jahren. In längeren überaus sachlichen Ausführungen beschäftigt sich Kollege Tarnow mit den Auffassungen der Opposition, welche dann ihrerseits in der darauffolgenden Diskussion bereits auf dem Gauetag in schärfster Form einzog. Eine von der Opposition gegen die Haltung des Vorstandes nach dieser Richtung hin eingebrochene Resolution wurde vom Gauetag mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen gelangte ein Antrag auf Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft mit einer Stimme Mehrheit zur Annahme. Nachdem von den gestellten Anträgen wieder eine ganze Anzahl zur Beratung für den Verbandstag angenommen war, sandt der Gauzug nach einem kräftigen Schlusswort des Kollegen Bauer mit der Mahnung zum festen Zusammenhalten der Kollegen und einigen anfeuernden Worten des Verbandsleiters sein Ende. Ein erfreuliches Beileben des diesjährigen Gaugetages war die trotz aller Gegenseite ruhig und sachlich geführte Diskussion, welche als ein gutes Zeichen auch für den Verbandstag gelten kann. D.

Für Groß-Berlin wurde am 12. März vor einem Schiedsgericht verhandelt. Dieses füllte einen Schiedsspruch, der auf die Löhne vom 24. Februar eine Zulage von 48 Prozent in der Sparte erfolgt. Danach beträgt der Facharbeiterdurchschnittslohn in der Zeit vom 11. bis 31. März 1824,87 Mtl. Diese Löhne halten die Unternehmer noch für zu hoch, weshalb sie den Schiedsspruch abgelehnt haben.

Für den Landesbezirk Mecklenburg-Schwerin wurde eine Vereinbarung getroffen, die die Löhne für die erste Märzhälfte regelt. Nunmehr beträgt der Durchschnittslohn für Facharbeiter in den fünf Ortsklassen 1110 Mtl., 1103 Mtl., 1098 Mtl., 1089 Mtl. und 1082 Mtl.

Im Landesbezirk Bremen, Oldenburg war, nachdem zwischen den Parteien eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, der Schlichtungsausschuß angerufen worden. Die Verhandlungen fanden am 12. März statt. Hier verlangten die Unternehmer einen Lohnabbau von 20 Prozent. Dieses Verlangen lehnte der Schlichtungsausschuß ab, ebenso über auch eine weitere Lohnhöhung. Nach dem Schiedsspruch soll das jetzt geltende Lohnabkommen auch für den Monat März gelten. Der Montagesschlag wurde von 3900 Mtl. auf 3500 Mtl. erhöht.

Für den Landesbezirk Preußen Sachsen-Inhalt und Sorghgebiet füllte das Lohnamt am 12. März einen Schiedsspruch. Vom 2. bis 29. März beträgt der Durchschnittslohn für über 22 Jahre alte Facharbeiter in den Ortsklassen II bis VI 1350 Mtl., 1283 Mtl., 1219 Mtl., 1168 Mtl. und 1100 Mtl.

Für den Landesbezirk Rheinland-Westfalen fanden auf Veranlassung des Reichs- und Staatskommissars am 12. März neue Verhandlungen statt. Die Unternehmer lehnten eine Verständigung ab. Daraufhin wurde vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses ein Einigungsverschlag gemacht. Nach diesem sollen die Löhne ab 9. März um 10 Prozent in der I. und um 5 Prozent in der II. und III. Ortsklasse erhöht werden. In den übrigen drei Ortsklassen soll der alte Lohn bestehen bleiben. Diese Regelung soll mit achttagiger Frist schriftlich zum 23. März gültig sein.

Für den Landesbezirk Hessen-Nassau (Südlich) und Großherzogtum Hessen wurde am 7. März zwischen den Parteien über die Märzlhöhe verhandelt. Eine Verständigung konnte nicht erzielt werden, worauf das Lohnamt zur Entscheidung angewiesen wurde. Auch hier lehnten die Unternehmer jede weitere Lohnhöhung ab, und sie fanden hierbei die Unterstellung des Unparteiischen, der entschied, daß die heutigen Löhne bis auf weiteres in Kraft bleiben.

Für die oberhessische Gagewerksindustrie wurde eine Vereinbarung getroffen, nach welcher ab 5. März der Durchschnittslohn für über 22 Jahre alte Arbeiter der Gruppe A auf 1204 Mtl. in Ortsklasse II, auf 1170 Mtl. in Ortsklasse III und auf 1150 Mtl. in Ortsklasse IV festgelegt wurde.

Für die Gagewerksindustrie in Thüringen füllte das Lohnamt am 9. März einen Schiedsspruch, nach welchem für die zweite Märzwoche eine Zulage von 8 Prozent in der Sparte gewährt wird. Damit steigt der Durchschnittslohn für die erste Arbeitergruppe in den drei Ortsklassen auf 1800 Mtl., 1235 Mtl. und 1170 Mtl.

Über die Märzlhöhe in der Gagewerksindustrie in Sachsen entschied am 14. März ein Schiedsgericht. Nach dem Schiedsspruch werden am 2., 3. und 16. März Zulagen gewährt. Zum letzten Termin beträgt der Durchschnittslohn für die erste Arbeitergruppe in den vier Ortsklassen 1550 Mtl., 1504 Mtl., 1457 Mtl. und 1395 Mtl.

Für die Gagewerksindustrie im nördlichen Westfalen wurde eine Vereinbarung getroffen, die in der Sparte eine Zulage von 801 Mtl. bringt. Vom 1. März ab beträgt der Durchschnittslohn für die erste Arbeitergruppe in den vier Ortsklassen 1300 Mtl., 1202 Mtl., 1017 Mtl. und 940 Mtl.

Für die Alabasterfigurenindustrie wurde nach ergebnislosen Verhandlungen mit dem Verband Mitteldeutscher Kunstmalerbetriebe am 10. März unter dem Vorsitz des Direktors vom Landesarbeitsamt für die Provinz Sachsen, Dr. Wüttgens, erneut verhandelt. Es wurde ein Schiedsspruch gefüllt, der die Löhne der zweiten Februarhälfte um 80 Prozent erhöht. Der Schiedsspruch ist von beiden Parteien angenommen worden. Die Lohnhöhe betrugen nunmehr für Bildhauer in den Orten Berlin und Dresden 1848 Mtl., in Magdeburg und Bernigrode 1741 Mtl. und in den übrigen Orten 1688 Mtl.

Nach der Vereinbarung für die Modellfabriken in Württemberg beträgt der Durchschnittslohn für über 22 Jahre alte Facharbeiter 1560 Mtl. in der ersten Märzwoche und 1803 Mtl. in der zweiten Märzwoche.

Für die Korbwarenindustrie im Regierungsbezirk Westenburg ist ein neues Lohnabkommen vereinbart, nach welchem die bestehenden Löhne und Akkordpreise ab 9. März um 10 Prozent erhöht werden. Um den gleichen Prozentsatz steigen auch die Vertragslöhne und betragen bei Gesellenarbeiten 1064 Mtl. und bei geschlagenen Arbeiten 1041 Mtl.

Zu dem Tarifvertrag für das Korbgewerbe in Goslar mündete nad Wilsdorf wurde ein Nachtrag vereinbart, der die Löhne vom 10. März an neu regelt. Die Akkordlöhne werden um 20 Prozent erhöht. Für einen ovalen Korb (100 Pfund) beträgt der Akkordpreis für den Korb 920 Mtl. und für den Deckel 208 Mtl. Bei den neuen Akkordpreisen kommen die Facharbeiter auf einen Durchschnittsverdienst von 1889 Mtl.

